

# **Palästina Initiative Region Hannover**

## **Rede zum UN-Tag der Internationalen Solidarität mit dem palästinensischen Volk von Astrid Wortmann**

Hannover, den 29. November 2016

Sehr geehrte Frau Dr. Hussein,  
in Vertretung von Frau Dr. Daibes, der Botschafterin Palästinas

Sehr geehrte Frau stellvertretende Regionspräsidentin Klawunde

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass Sie in so großer Zahl unsere Einladung angenommen haben.  
Die Welt ist sehr unübersichtlich geworden.  
Die lange stabil geglaubte Nachkriegsarchitektur Europas bröckelt.  
Die Zusammenarbeit in der NATO als demokratischem Sicherheitsbündnis wird im Südosten durch die Türkei und in Amerika durch den gewählten Präsidenten Trump verunsichert.  
Das Netz kolonialer Grenzen im Nahen und Mittleren Osten löst sich auf.  
Kriege in der Ukraine und in Syrien fordern täglich unzählige Opfer.  
Populismus und Nationalismus gewinnen in allen unseren Staaten Zulauf.  
Wer braucht da noch einen Blick auf die ewigen Querelen zwischen den Palästinensern und Israel?

Seien wir doch froh, dass die westliche Welt mit Israel einen stabilen Brückenkopf in der unruhigen Region hat, dass die Kooperation in Waffenproduktion und Waffen-Weiterverkauf so gut funktioniert, die Tauschgeschäfte mit Drohnen von dort und den mit unseren Steuern finanzierten U-Booten von hier. Schließlich können wir auf diesem Umweg unsere Werften subventionieren. Unsere Soldaten können durch gemeinsames Training mit der israelischen Armee dort auch gleich den in Gaza erprobten Straßenkampf üben und die israelische Marine kann hier die U-Boote in der Nordsee testen.

Geben wir uns doch endlich mit dem schönen Schein der Demokratie in Israel zufrieden.

Was aber ist mit dem Fundament des Brückenkopfs, mit seiner inneren Stabilität, mit dem unschönen Hinterhof?

Wie lange kann die Fassade aufrecht erhalten werden?

Israel erscheint heute als Demokratie mehr durch innere Entwicklungen als durch äußere Bedrohung gefährdet.

Seine Existenz als Staat ist nicht davon berührt, dass es sich für seine Missachtung des Völkerrechts und der Menschenrechte verantworten muss. Staaten existieren, weil sie von ihrer Bevölkerung und von anderen Staaten bilateral als solche anerkannt werden. Dabei ist es unerheblich, von welchem Regime sie intern beherrscht oder verwüstet werden und ob sie die Menschenrechte verletzen, wie man z.B. an Nordkorea, China oder Südsudan sehen kann.

Sein eigener Anspruch aber, zur westlichen Wertegemeinschaft zu gehören, entscheidet sich am Umgang mit den Palästinensern.

29. November 1947 - Entscheidung der UNO über den Teilungsplan für Palästina

29. November 1977 - Erklärung des 29. November zum Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk

29. November 2012 - Beobachterstatus für Palästina bei der UNO

Drei bedeutende Tage für alle Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan.

Wir begehen heute diesen Tag in Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Sind wir da einseitig?

Ja, wir als Palästina Initiative Region Hannover schauen ganz bewusst auf die eine Seite, auf den „Hinterhof“, auf die Seite, die in Unfreiheit und unter militärischer Besatzung lebt, ohne allerdings die andere aus dem Blick zu verlieren. Denn auch die andere Seite kann nicht wirklich frei und stabil sein, solange sie Menschen Freiheit, Würde und rechtliche Gleichstellung verweigert.

Warum machen wir das?

Für mich persönlich waren die Begegnungen im palästinensischen Pavillon auf der EXPO 2000 von großer Bedeutung.

Da erlebten wir die Palästinenser als Menschen mit eigenständiger Kultur, gastfreundlich und mit Zuversicht im Blick auf die Zukunft und ich war erschrocken, so wenig über diese Menschen und ihr Schicksal zu wissen.

Warum hatten wir diesen Teil der Folgen des II. Weltkriegs bisher ausgeblendet, warum nicht genau hingehört, hingesehen?

Warum begrenzen wir unsere Verantwortung auf die u. a. auf Grund unserer Verbrechen neu eingewanderte jüdische Bevölkerung und lassen die durch diese Einwanderung vertriebenen Palästinenser außen vor?

Die Palästina Initiative Region Hannover steht in kritischer Solidarität zu den Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan.

Drei Wege zur Solidarität:

1. Genau hinsehen und hinhören
2. Sagen, was ist
3. Begegnen und tätig unterstützen

## 1. Genau hinsehen und hinhören

Wir sind heute nicht mehr auf staatlich reglementierte Informationspolitik und Korrespondenten angewiesen, die um ihre Akkreditierung fürchten müssen.

Wir können die Artikel von Gideon Levy in der Haaretz lesen und bekommen die Erfahrungsberichte verlässlicher jüdisch-israelischer, internationaler und palästinensischer Menschenrechtsgruppen fast in Echtzeit ins Haus.

Abholzungen jahrhundertealter Olivenhaine, Verweigerung gerechter Aufteilung von Wasserressourcen, Zerstörung von Zisternen und einfachsten Behausungen, von Schulen, Konfiszierung von landwirtschaftlichem Gerät, Enteignung von verbrieftem palästinensischen Privatland, Brandanschläge auf Moscheen, willkürliches nächtliches Eindringen in Häuser und Verhaftungen - auch von Kindern und Jugendlichen - auch in den A-Zonen, kein rechtsstaatliches Verfahren und Administrativhaft ohne Verurteilung.

Das alles, meine Damen und Herren, tun Menschen anderen Menschen an, keine Dämonen.

Das alles sind Fakten, mit Ort und Zeit und Namen belegbar. Manches findet sich auch in unseren Fernsehprogrammen und einigen großen Zeitungen wieder.

Deutschland und Europa stellen große finanzielle Mittel zur Basisversorgung der palästinensischen Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der fiktiven Autonomie bereit. Ich sage „fiktiv“, denn was ist eine Autonomie wert, wenn die Führung für Reisen von Zone-A nach B oder gar nach C die Besatzungsmacht in Kenntnis setzen muss? Wenn das israelische Militär jederzeit in die Autonomiegebiete eindringen kann?

Mit diesen Geldern entlasten wir vor allem Israel, das als Besatzungsmacht für diese Ausgaben zuständig wäre. Viele lebenswichtige Einrichtungen, die mit unseren Steuergeldern bezahlt wurden, fallen immer wieder israelischen Abrissverfügungen zum Opfer.

Schauen wir also hin, hören wir hin.

Keiner kann heute mehr ehrlich behaupten, er hätte es nicht gewusst.

Zur kritischen Solidarität mit dem palästinensischen Volk gehört aber auch:

Es fällt schwer nachzuvollziehen, dass große Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft der besetzten Gebiete lieber gegeneinander arbeiten als gemeinsam an dem Ziel eines in Freiheit, Würde und Selbstbestimmung geeinten Staates.

Entwürdigende Verhörmethoden, willkürliche Verhaftungen, Diskriminierungen oder gar die Todesstrafe dürfen keinen Platz haben in einem palästinensischen Staat.

Jedes unterdrückte Volk hat das Recht auf Widerstand. Gewaltfreier Widerstand muss eine reale Option bleiben und darf nicht kriminalisiert werden.

## 2. Sagen, was ist.

Nach wie vor beherrscht die israelische Sichtweise die veröffentlichte Wahrnehmung der Verhältnisse und die öffentlichen Äußerungen der Politiker aller Parteien, obwohl sie über ihre Stiftungen bestens informiert sein können.

Die Scheu, einem Shitstorm ausgesetzt zu werden, ist groß.

Es ist alarmierend und beschämend zugleich zu sehen, mit welcher Energie und Aggressivität in letzter Zeit die israelische Regierungssicht in unserem Lande durchgesetzt werden soll und Menschen und Organisationen daran gehindert werden, frei zu berichten.

Diese Selbstentmündigung darf in einer offenen demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben.

Kein Staat der Welt darf die Möglichkeit erhalten, Informations-, Forschungs- und Meinungsfreiheit in Deutschland in seinem Sinne zu manipulieren und Menschen und Institutionen zu denunzieren.

Einigermaßen bizarr ist dabei, dass von Veranstaltungsabsagen in zunehmendem Maße auch jüdische Persönlichkeiten aus Deutschland, Israel und Amerika betroffen sind, die in ernster Sorge um die Entwicklung in Israel und Palästina von Deutschland mutigere Unterstützung gegen die Besatzung fordern.

Aus eigener geschichtlicher Erfahrung wissen wir, dass die kritischen Rufer lieber überhört und denunziert werden. Es gibt immer nur wenige im breiten Mainstream der Mitläufer.

Wir bieten diesen Mahnern ein Forum zu sagen, was ist.

Wir sagen und schreiben unseren Politikern:

Hört auf diese Hilferufe! Nehmt endlich die Realität im Besatzungsgebiet auch öffentlich zur Kenntnis und werdet Eurer Verantwortung gerecht. Die Leitlinien unserer „Staatsräson“ sind die Grund- und Menschenrechte, wie sie in unserer Verfassung stehen.

Menschenrechte sind grenzenlos – erst recht, wenn die Sicherung eines anderen Staates zur deutschen Staatsräson erklärt wird.

Zu unserer Forumsreihe laden wir WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, SchriftstellerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen aus Palästina, Israel und Deutschland ein, zu berichten und die Hintergründe und Zusammenhänge zu analysieren – auch die Folgen für die jüdisch-israelische Gesellschaft.

Im Rahmen unserer alle zwei Jahre stattfindenden FILISTINA – des Festivals für Kultur und Politik in Palästina – geben wir einen Eindruck von der Vielfalt des kulturellen Lebens in Palästina.

In diesem Zusammenhang gelten unsere große Hochachtung und unser Dank unserem ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Herbert Schmalstieg, der mit der Übernahme der Schirmherrschaft für unsere 1. FILISTINA einem massiven Druck standgehalten hat.

Er stand und steht für die grenzenlose Achtung der Menschenrechte, was sich auch in seinem Engagement für die Rechte der Kurden ausdrückt.

Seine Nachfolger Stefan Weil und Stefan Schostok sind ihm darin gefolgt.

An ihrer Zivilcourage können sich gegenwärtig viele ein Beispiel nehmen.

### 3. Begegnen und tätig unterstützen

Unsere Studienfahrt ins Westjordanland 2009, die Reise einiger von uns vor vier Wochen nach Israel und Palästina, unsere Tagung mit den Referentinnen aus der palästinensischen Frauenbewegung haben uns Gefühle wie Trauer, Ängste, Ausgeliefertsein, Müdigkeit und Erschöpfung und dennoch Mut, Hoffnung und trotziges Ausharren unmittelbar erfahrbar gemacht.

Dies ist uns Stärkung und Verpflichtung, in unserer Generation Verantwortung gegen Unterdrückung und Entwürdigung von Menschen wahrzunehmen, nicht zu schweigen und uns auch von noch so ehrenrührigen Denunzierungen nicht einschüchtern zu lassen.

Wie auch andere Menschenrechtsgruppen, die sich für die Verfolgten und Unterdrückten anderer Länder einsetzen, schweigen wir nicht, nicht mehr und nicht noch einmal, damit wir uns in Deutschland nicht wieder wegen mangelnder Zivilcourage schämen müssen.

#### Aber wir wollen nicht nur reden

Unter Vermittlung und in Zusammenarbeit mit medico international unterstützen wir die Arbeit örtlicher Komitees im Dorf Jiftlik im Jordantal mit Geldspenden, damit die Dorfbewohner der Vertreibung standhalten können. Riad Othman – den ich hiermit auch noch einmal ganz herzlich begrüße – wird uns nach den Grußworten darüber berichten. Ein Kindergarten wurde inzwischen realisiert, eine Krankenstation hat die Bundesregierung finanziert. Aber auch das steht alles immer wieder unter dem Damoklesschwert von Abrissverfügungen, weil entweder das militärische Sperrgebiet oder die benachbarten illegalen israelischen Siedlungen mit ihren gewaltigen Dattelpflanzungen ausgeweitet werden sollen.

Wenn Sie jetzt in der Weihnachtszeit die saftigen Medjoul-Datteln aus diesen Plantagen in der Auslage sehen, kommen Ihnen Jiftlik und das Jordantal ganz nah. Wenn Sie mit uns auch ganz praktisch die Menschen in Jiftlik unterstützen wollen, freuen wir und medico uns auf eine Spende von Ihnen in unserem Spendentopf.

Ich wünsche uns einen anregenden und geselligen Abend  
und danke für Ihre Aufmerksamkeit.